



Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

No 172.

Mittwoch den 26. Juli

1843.

Landtags-Angelegenheiten.

Rhein-Provinz.

Düsseldorf, 4. Juli. (Sechsbunddreißigste Plenarsitzung. Fortsetzung.) Sofern also unsere Politik von jeder Vergeltung absteht, ist sie weder dem National-Interesse entsprechend, noch in den Gesetzen begründet. Zwar sind im vorigen Jahre allerdings, um der öffentlichen Stimme und dem dringenden Verlangen anderer Vereinsregierungen in etwas zu genügen, und die Eingangszölle zunächst im Hinblick auf Frankreich auf einige unbedeutende Artikel erhöht worden, allein bei dem bestehenden Uebel können Palliativmittel und halbe Maßregeln nicht ausreichen. Werden Vergleichungsmaßregeln im eigenen National-Interesse für nothwendig erkannt, dann beschränke man sich nicht länger auf fruchtlose diplomatische Noten, treffe die Maßregeln vielmehr mit Kraft und Energie, wie es deutscher Ehre geziemt, da, wo die Wirkung am sichersten erreicht wird, und so, daß der Zweck, die Vergeltung, erkannt werde. Der Zollverein bildet eine Macht, die stark genug ist, ihre commercielle Selbstständigkeit zu sichern und zu schützen. Wer den Frieden will, muß den Krieg nicht fürchten. Nicht allein durch das gesetzliche Prinzip der Vergeltung, sondern auch durch solche zufällige Verhältnisse, welche entweder bei einigen unentbehrlichen Industriezweigen die Fabrikation im Inlande vertheuern oder durch ein Uebermaß der Produktion in andern Ländern eine Ueberfluthung fremder Fabrikate zum Nachtheil der eigenen Fabrikation veranlassen können, scheint ein diesen Verhältnissen angemessener Schutz im National-Interesse geboten. Zwar wird dagegen eingewandt, jeder Schutz diene nur zur Bereicherung der Fabrikanten, hindere die weitere Ausbildung des Gewerbfleißes und vertheuere die Lebensbedürfnisse für die Consumenten. Wer aber glaubt, die Concurrenz des Auslandes wirke mehr als die Concurrenz des Inlandes, der ist mit der Praxis unbekannt. Je näher und zahlreicher die Concurrenz, desto größer und nachhaltiger ist ihre Wirkung auf die weitere Verbesserung und billigere Herstellung. Dies zeigt die Erfahrung überall, sowohl in andern Staaten, wo solche Erzeugnisse bei gänzlichem Verbot des Eingangs spottwohlfeil sind, als bei uns. So werden z. B. nach unsern offiziellen Ausfuhrlisten von ordinären Baumwollentwaren und von tuchartigen Wollenwaren — zwei Artikeln, welche bei uns einen hohen Eingangszoll bezahlen — von ersteren circa 100,000 Ctnr. und von letzterem circa 70,000 Ctnr. jährlich aus dem Zollverein ausgeführt. Diese Ausfuhr beweist, daß ein angemessener Schutz Zoll keineswegs nothwendig eine Vertheuerung der Fabrikate zur Folge hat, da wir sonst im Auslande mit ausländischen Fabrikaten nicht würden concurriren können. Daß die weitere Ausbildung des Gewerbfleißes und die Vervollkommnung der Fabrikate durch Schutzzölle nicht gehindert werden, beweist am schlagendsten der Zustand der Industrie in England, so wie in allen Ländern, in denen die höchsten Schutzzölle bestehen. Will die Staatsregierung die nothwendigen Lebensbedürfnisse für die Consumenten nicht vertheuern, was, wie nachgewiesen, bei angemessenen Schutzzöllen für Fabrikate nicht der Fall ist, dann würde dieser Grundsatz doch wohl am richtigsten bei denjenigen unentbehrlichen Lebensbedürfnissen in Anwendung kommen, bei welchen die Erzeugnisse des Inlandes gar nicht concurriren, als z. B. Kaffee, Reis, Gewürze, oder nur in geringem Maße, als z. B. Zucker und Salz, alles Lebensbedürfnisse, deren Besteuerung gerade eine Haupt-Einnahmequelle des Fiskus bildet. Es ist zwar auch behauptet worden, daß jeder Schutz der Industrie den Handel, und insbesondere diejenigen größeren Städte beeinträchtigt, welche vorzugsweise der Schifffahrt und dem Handel sich widmen. Allein auch hier darf nur lediglich auf die Erfahrung hingewiesen werden. Wo können Handel und Schiff-

fahrt eine größere Gewähr für nachhaltigen Flor und für eine natürliche Belebung finden, als da, wo die Industrie ihnen Nahrung giebt, und wo diese den Wohlstand der Nation begründet? Endlich ist angeführt worden, daß Schutzzölle den Schleichhandel fördern und die Controle erschweren. Allein dieser Einwand dürfte wohl erst dann Gegenstand einer Erörterung sein können, wenn die Grenze zur Zeit unbewacht wäre, und wenn es an Grenz-Zollbeamten fehlte. Bei der Zahl unserer Zollbeamten wird die Controle uns keine größere Schwierigkeit machen, als den Nachbarstaaten, in denen die Schutzzölle so energisch gehandhabt werden. Hiernach wird kein Zweifel darüber bleiben, daß die Interessen der Industrie mit den Interessen des Handels, der Schifffahrt des Ackerbaues, des Bergbaues, ja, mit allen Interessen des Landes auf das Innigste verwebt sind. Die Industrie ist der mächtigste Hebel der Civilisation und der Wohlfahrt des Landes; mit ihr steigt und fällt das Ansehen des Staats. Es wird nun noch zur Rechtfertigung der bis dahin befolgten Politik, ja, mit einer gewissen Genugthuung auf die Vermehrung und Ausbildung der Gewerbsamkeit seit dem Jahre 1819 hingewiesen. Nun ja, zurückgeschritten sind wir im Allgemeinen nicht, doch nicht Dank unserer Politik, sondern ungeachtet unserer Politik. Aber stehen denn diese Fortschritte im Verhältniß mit den Fortschritten anderer Staaten, denen wir an Intelligenz nicht nachstehen? Stehen sie im Verhältniß mit den Fortschritten der Civilisation, der Bevölkerung und der den Deutschen inwohnenden Kraft? Stehen wir denn irgend einer europäischen Großmacht an Nationalreichtum gleich? Welche Ereignisse aber hätten erreicht werden können, wenn unsere Industrie eben so geschützt worden wäre, wie die anderer Staaten! Zwar hat die durch den Zollverein gewonnene Ausdehnung des innern Consums der preussischen Industrie namentlich da, wo sie weniger mit der sächsischen concurrirte, die durch billigen Arbeitslohn besonders unterstützt wird, manche Vortheile zugewendet, welche sich aber nach und nach ausgleichen. Dagegen sind manche sonst blühende Fabrikationszweige theils wegen veräußerter Repräsentation zu Grunde gegangen, als z. B. der Leinengarnhandel und die Leinenbandfabrikation, manchen andern droht ein ähnliches Schicksal, als z. B. den Baumwollspinnereien, Sayett- und Kammgarnspinnereien. Kommt die Hilfe zu spät, so bleibt nicht nur das Verlorene ohne Rettung, sondern sie bleibt auch für die Zukunft ohne Wirkung.

Es scheint demnach mehr als je an der Zeit, an des Königs Majestät die dringendste Bitte dahin zu stellen: daß der diesseitige Bevollmächtigte bei den Zollkonferenzen ermächtigt und beauftragt werde, nicht nur im Interesse der Industrie, sondern im wohlverstandenen Interesse der gesammten Nation, den Bestrebungen derjenigen Vereinsregierungen nicht länger entgegen zu treten, die sich mit so gewichtigen Gründen für eine angemessene Beschützung der Industrie verwenden, vielmehr vereint mit ihnen für die baldigste Durchführung solcher Maßregeln zu wirken, welche geeignet sind, einen wirksamen Schutz zu verleihen und die nachtheiligen Beschränkungen abzuwenden, welche diesseitige Unterthanen in andern Staaten zu erleiden haben. Für den Fall aber, daß unsere höchste Departementsbehörde sich fortwährend für verpflichtet erachten möchte, von Ertheilung solcher Instruktionen und überhaupt von der Annahme einer andern Handelspolitik abzurathen, so dürfte an des Königs Majestät eine weitere ehrerbietige Bitte dahin zu richten sein: daß eine Allerhöchsthochselbst zu ernennende Immediat-Kommission eingesetzt werde, um nicht nur nach Anhörung der Departementsbehörde, sondern auch nach Anhörung einer aus Handel-, Fabrik- und Ackerbaubetrieben aus allen Provinzen nach den Vorschlägen der Ober-Präsidenten zu berufenden Central-Kommission über den Zustand der vaterländischen Industrie und über die Be-

hufs ihrer weiteren Ausbildung zu treffenden Maßregeln, mit besonderer Berücksichtigung der Anträge der Industriellen und der Verhandlungen der letzten Zoll-Konferenzen, so wie nach einer sorgfältigen Revision des bestehenden Zolltarifs, aus dem alleinigen Gesichtspunkte der Beförderung der Nationalwohlthat ein Immediat-Gutachten zu erstatten. Insbesondere scheinen die auf wirksame Retorsions-Maßregeln gegen Frankreich gerichteten Anträge eine Befürwortung zu verdienen, da gerade die Beschränkungen, die unsere Fabrikate in diesem Staate erleiden, so große Nachteile herbeigeführt haben. Der Abgeordnete von Remscheid weist nach, wie Eisen- und Stahlwaaren in Frankreich meistens ganz prohibirt sind, oder doch einem Zolle von 80 à 100, bis zu 200 Prozent unterliegen. Aus dem Bericht der Elberfelder Handelskammer und anderen Nachweisen geht sodann hervor, daß halbseidene Fabrikate in Frankreich ganz prohibirt sind, und der Eingang anderer Fabrikate, als z. B. von Nadeln, leinenen Bändern, Seidenwaaren, daselbst durch übermäßige Zölle weit mehr erschwert ist, als umgekehrt der Eingang französischer Fabrikate in die Vereinsstaaten. Wenn seit 25 Jahren die dringendsten Vorstellungen nicht vermögend waren, hierin eine Aenderung zu bewirken, vielmehr nur zu rückichtsloser Schärfung der feindlichen Beschränkungsmaßregeln geführt haben, so sollte keine Rücksicht uns länger abhalten, auf diejenigen Gegenstände, auf deren Ausfuhr Frankreich am meisten Werth legt, und namentlich auf französische Weine, den Eingangszoll, wenn auch vorläufig nur in mäßigem Grade, zu erhöhen und es offen zu erklären, daß diese durch die Umstände gebotene Retorsionsmaßregel nicht länger in Kraft bleiben solle, als die feindseligen Beschränkungen fort dauern. — Sodann dürfte der schon bestehende Schutz Zoll auf folgende Fabrikate zu erhöhen sein.

1) Die Erhöhung des Eingangszolles auf seidene Waaren von 110 Thalern auf mindestens 220 Nthlr. preuss. Cour. scheint um so mehr gerechtfertigt, als der gegenwärtige Zoll für seidene Blonden und Spitzen kaum 1 pCt., im Uebrigen im Minimum 3 à 4 pCt. und im Maximum 7 à 8 pCt. beträgt, während Seidenwaaren in Frankreich durchschnittlich 14 à 15 pCt., in England nominal 30 pCt., in der Wirklichkeit auf manche Artikel, z. B. Sammet, über 40 pCt., in Rußland 35 à 37 pCt. zu zahlen haben, in Oesterreich aber fast ganz prohibirt sind.

2) Da halbseidene Fabrikate in Frankreich ganz prohibirt, in England mit einem Eingangszoll von nominell 30 pCt. (der sich in der Wirklichkeit noch höher stellt) belegt sind, so scheint es billig, den Eingangszoll auf halbseidene Fabrikate von 55 Nthlr. auf 110 zu erhöhen, indem der gegenwärtige Zoll von 55 Nthlr. ad valorem im Minimum 3 à 4 pCt. und im Maximum 7 à 8 pCt. beträgt. Dabei dürfte noch erwähnt werden, daß England halbseidene Sammete — ein Artikel, den Preußen trotz jenes Eingangszolles von 30 pCt. mit Vortheil in England würde einführen können — durch eine exceptionelle Maßregel auf 23, d. i. circa 8 Nthlr. pr. Pfd. oder 60 bis 70 pCt. vom Werth, also fast mit einem Verbot belegt hat, während englische Seidenwaaren, z. B. Foulards, in Massen eingeführt werden.

3) Da die Wollenspinnerei sich mit der Verarbeitung eines der wichtigsten Landesprodukte beschäftigt, dessen gesicherter Absatz von dem bedeutendsten Einfluß auf die landwirthschaftliche Produktion ist, so wird diesem Gewerbszweige, da er die Grundlage einer selbstständigen, wahrhaft deutschen Industrie bildet, eine billige Berücksichtigung nicht zu versagen sein, zumal, da die englische Konkurrenz in diesem Artikel durch die zunehmende Produktion australischer Wolle immer bedeutender zu werden droht, und es dringend noth thut, der Wollenspinnerei den ihr im gleichen Verhältniß wie andern Indu-

friegeweigen gebührenden Schutz zu rechter Zeit zu gewähren, bevor die wenigen noch bestehenden Kammgarn-Spinnereien erliegen. Mehrere dieser Spinnereien so wie die früher bestandene zahlreiche Sayer-Fabriken sind bereits eingegangen, und es ist dadurch dem Lande nicht nur der Arbeitsgewinn entzogen worden (auf die jetzige Einfuhr englischer Kammgarne etwa 1 Million Rthlr. jährlich betragend), sondern es ist auch die zu diesen Garnen geeignete einheimische Landwolle, welche vor Einfuhr englischer Kammgarne zu 11½ Sgr. pro Pfd. bezahlt wurde, auf 7½ bis 8 Sgr. gewichen, während die zur Tuchfabrikation geeigneten Wollen seit einigen Jahren nur wenig im Preise gefallen sind. Der Zoll auf Wollenwaaren beträgt nur ein Viertel des Zolls auf Baumwollengarn, was jedenfalls nicht gerechtfertigt erscheint. — Es wird zwar eingewandt, daß gerade, weil der rohe Stoff im Vereinigungsgebiet erzeugt werde, das Inland gegen das Ausland schon im Vortheil stehe, weil dieses letztere den vereinsländischen Ausgangszoll von 2 Rthlrn. zu tragen habe, und daß die Ausfuhr von wolleinen und halbwoollenen Waaren aus dem Zollgebiet mehr als 60,000 Ctr. jährlich betrage. Allein es ist hierauf zu bemerken, daß zu dem englischen Kammgarn meistens australische und englische, keine deutsche Wolle gebraucht wird und daß jene Ausfuhr in tuchartigen Waaren besteht, zu welchen Kammgarn verwendet wird. Demnach wird vorgeschlagen, den Zoll auf einfaches Kamm- und Sayer-Garn von 15 Sgr. auf 5 Rthlr. pro Centner, und auf drei- und mehrfach gezwirnte Kammgarne von 8 Rthlrn. auf 12 Rthlrn. pro Centner zu erhöhen. Damit jedoch durch diese Schutzmaßregel die Fabrikation der Kammgarn-Gewebe nicht gefährdet werde, so wird sie ausdrücklich nur unter der Bedingung beschränkt, daß

4) gleichzeitig eine Zollerhöhung aller ganz- und halbwoollenen Kammgarn-Gewebe von 30 Thlrn. auf 50 Thlr. pr. Ctr. erfolge. Zwar ist diese Erhöhung von 30 Thlrn. auf 50 Thlr. pr. Ctr. in dem letzten Zolltarif für ungewalkte Wollene, so wie aus Wolle und Baumwolle gemischte Waaren, wenn sie bedruckt, gestickt oder brochirt sind, schon eingetreten, und zwar mit der usancwidrigen Deklaration, daß als brochirte Zeuge diejenigen zu verstehen seien, welchen mittelst eines zweiten besondern Einschlags Muster eingewebt sind. Dadurch ist aber, außer für Mouffeline de laine, wenig erreicht, da gerade hauptsächlich solche Gewebe, die nicht gestickt und bedruckt sind (die glatten geköperten und saconirten Gewebe), dagegen Gewebe mit eingestickten oder mit einem besondern Einschlag eingewebten Mustern nur wenig eingeführt werden. Dieselben Motive, welche für jene Erhöhung angeführt werden, treffen, mit Ausnahme der rohen weissen, auch bei den übrigen Geweben zu, da das höhere Werthverhältniß auch bei ihnen besteht, da sie ferner in der Regel nicht mehr als jene ins Gewicht fallen, und endlich da baumwollene Gewebe auch mit 50 Thlrn besteuert sind, die bloße Beimischung der Wolle, des wichtigsten vereinsländischen Produkts, eine geringere Besteuerung nicht rechtfertigen kann. Diese Gewebe sind übrigens in Frankreich ganz prohibirt und in England mit einem Zoll von 30 à 40 pCt. belegt. Es werden von diesen Geweben noch eingeführt circa 30,000 Ctr., die 900,000 Thlr. an Zoll einbringen, aber dem Lande an Arbeitsgewinn 3½ Mill. Thlr. entziehen, abgesehen davon, daß wir dazu inländische Wolle verwenden könnten.

5) Nicht minder bestehen für den Verband der Linnen-Industrie, eines der ältesten einheimischen Industriezweige Deutschlands, die gegründetsten Besorgnisse. Der jetzt bestehende Eingangszoll für Leinengarn von 5 Sgr. pr. Ctr. ist zu einer Zeit festgestellt worden, in welcher es sich lediglich von Handspinnerei handelte, somit außer Deutschland von keiner Seite Konkurrenz bestand, die der eigenen Garnbereitung hätte Nachtheil bringen können. Seitdem aber die Maschinenspinnerei ins Leben getreten, ist eine allmähliche Verdrängung der Handspinnerei, nach dem Beispiel der Baumwollenspinnerei, vorherzusehen. Es ist aber im vaterländischen Interesse von der größten Wichtigkeit, nicht nur für die Erhaltung der ins Leben getretenen Maschinenspinnerei, sondern auch durch die geeigneten Mittel auf eine weitere Ausdehnung zu wirken, und dadurch die Grundlage der schon abnehmenden Linnen-Industrie wieder zu befestigen, wodurch zugleich die Vervollkommnung und Ausdehnung der mit den wichtigsten Interessen der Landwirtschaft eng zusammenhängenden Flach- und Hanf-Kultur wesentlich bedingt ist. Zu diesem Zwecke, und um zur Anlage weiterer Kapitalien in diesem wichtigen Industriezweige zu ermuthigen, ist eine Erhöhung des Eingangszolls auf Garn und Gewebe beantragt, zumal, da der schon beschränkte gewesene Absatz nach Frankreich und Belgien in Folge der neueren daselbst getroffenen Maßregeln nicht nur als ganz verloren zu betrachten, sondern nun auch die Konkurrenz dieser Länder und insbesondere ein stärkerer Andrang des daselbst ausgeschlossenen englischen Fabrikats zu erwarten ist. Dagegen wird eingewandt, daß die Einfuhr von rohem Garn im Jahre 1836 45,000 Ctr., im J. 1841 aber nur 38,000 Ctr., und daß die Ausfuhr an Linnen-Geweben im J. 1841

noch 82,000 Ctr. betragen habe. Es ist aber die Abnahme der Gesamt-Einfuhr theils dem Beitritt Braunschweigs (das selbst Handgespinnst importirte) zum Zollverein theils der geringeren Linnen-Fabrikation und endlich der Abnahme der Handspinnerei in Hannover zuzuschreiben, und wohl zu bemerken, daß sich dagegen die Einfuhr von leinenem Maschinengarn aus England und Belgien seit 1838 bis 1841 um 12,000 bis 18,000 Ctr., also in 3 Jahren schon um die Hälfte vermehrt hatte und noch ferner in Progression begriffen ist, daß dagegen die Ausfuhr von leinenen Geweben in 1840 noch 93,400 Ctr., in 1841 aber nur 82,110 Ctr. betrug und ferner im Abnehmen ist. Deshalb wird vorgeschlagen: den Zoll a. auf Leinengarn von 5 Sgr. auf 4 Thlr. pr. Ctr. mit verhältnißmäßiger Erhöhung für gebleichtes und gefärbtes Leinengarn und Zwirn; b. auf leinene und halbleinene Gewebe von 11 Thlrn. auf 50 Thlr. pr. Ctr. zu erhöhen.

6) Eine ganz besondere Beachtung nehmen endlich die Baumwoll-Spinnereien in Anspruch. Der Garnbedarf der vereinsländischen Baumwollenweberei belief sich in den Jahren 1838—40 durchschnittlich auf ungefähr 530,000 Ctr., wovon die inländischen Baumwoll-Spinnereien kaum ein Drittel erzeugten. Es wurden ungefähr 350,000 Ctr. fremdes Garn verbraucht. Seitdem hat sich das Verhältniß noch ungünstiger gestaltet. Im vorigen Jahre betrug die Einfuhr an fremden Garnen nach den vorliegenden Angaben 600,000 Ctr. 10 Sgr. pr. Pfd. in einem Werth von circa 20 Mill. Thlr., wovon die Hälfte mit 10 Mill. Thlrn. für Spinnkosten dem Inland entzogen wurde. Es würde zu weit führen, die diesen Gegenstand betreffenden Controversen hier sämmtlich zu recapituliren. Es wird vielmehr in dieser Beziehung auf die vorliegende Denkschrift der rheinischen Spinner und ihre Anlagen, insbesondere auf die gründliche Denkschrift der sächsischen Regierung, und andererseits auf den Bericht der Elberfelder Handelskammer verwiesen. Auch diese letztere, welche sich den Anträgen der Spinner auf Erhöhung des Zwischzolls im Interesse der Webereien stets widersetzt, erkennt ausdrücklich die Wichtigkeit der Spinnereien und die Nothwendigkeit ihrer Aufhülfe in einer den Webereien unnachtheiligen Weise an. Ueberhaupt ist auf überzeugende Weise dargethan, daß dringende Aufforderung vorliegt, nicht bloß auf die Erhaltung, sondern auch auf die weitere Entwicklung der Baumwoll-Spinnerei im Vereinsgebiet, als eines der wichtigsten und selbst nothwendigsten Glieder in der Kette der vereinsländischen Industrie, auf einen Industriezweig, in welchem bereits ein beträchtlicher Theil des National-Vermögens angelegt ist, der einem ansehnlichen Theile der vereinsländischen Bevölkerung Arbeit und Unterhalt gewährt, und der für die Weberei, mit der er im engsten Zusammenhange steht, die Möglichkeit einer unter allen Umständen gesicherten Erhaltung und Erweiterung wesentlich bedingt, ernstlichen Bedacht zu nehmen. Es ist dargethan, daß die vereinsländische Baumwollspinnerei, in Folge der ihren ausländischen Konkurrenten zur Seite stehenden überwiegenden Vortheile, nicht allein keine Fortschritte zu machen im Stande ist, sondern voraussichtlich immer mehr zurückgehen wird, wenn ihr nicht ein höherer, der Verschiedenheit der Produktions-Verhältnisse des Vereins und des Auslandes mehr entsprechender Schutz gewährt wird. Der Untergang der Spinnereien würde aber die Weberei, lediglich auf ausländische Garne, verweisen, den Monopol-Preisen des Auslandes unterwerfen, und durch jede Störung im Bezuge der fremden Garne in ihrem sichern Bestand bedroht sein, ferner eine Reihe anderer, mit ihnen in genauester Verbindung stehenden Industriezweige, z. B. die Maschinen-Fabriken verkümmern, und sich überhaupt in seinen nachtheiligen staatswirtschaftlichen Folgen kaum berechnen lassen. In welcher Weise der erforderliche Schutz zu gewähren sei, darüber sind die Meinungen getheilt. Der Antrag der Abgeordneten von Bonn ist gerichtet auf Erhöhung des Zwischzolls von 2 Rthlrn. auf 4 Rthl. pro Ctr., oder eventuell auf Verleihung einer Baumwoll-Prämie von 2 Rthl. pro Ctr. Für die Erhöhung des Zwischzolls auf 4 Rthl. mit angemessenem Rückzoll auf ausgehende Baumwollwaaren haben sich mehre Vereins-Regierungen, auch die im Jahre 1834 unter dem Ober-Präsidenten der Rhein-Provinz zu Godesberg abgehaltene Konferenz von Sachverständigen aus den verschiedenen dabei betheiligten Industriezweigen, einstimmig, ausgesprochen. Da aber der Rückzoll mit großen Schwierigkeiten verknüpft zu sein scheint, so wird die von dem Antragsteller eventuell vorgeschlagene Verleihung einer Baumwoll-Prämie von 2 Rthlrn. pro Ctr. um so mehr bevorzugt, als die seit mehreren Jahren erzielten Mehr-Einnahmen von Zwischzoll wohl zum großen Theile die Mittel hierzu gewähren dürfen. Belieft sich die Prämie auf 1 Million Thaler, so würden dafür 9 Millionen Thaler Spinnkosten den Vereins-Staaten zuließen. Diese Prämie dürfte für eine gewisse Reihe von Jahren zusichern, und demnächst die weitere Beschlußnahme der Zukunft vorbehalten bleiben. Zu beklagen ist es, daß bei der Einfuhr von fremden Garnen neben dem Spinnlohn in neuerer Zeit auch der Schlichtlohn den Webereien entzogen wird. Das Garn wird nämlich, nachdem es vom Spinnstuhle gekommen, erst noch gespult, gezeitelt und

geschlichtet, und sodann in diesem höheren Grade der Veredelung eingeführt, welchen der Zolltarif früher nicht vorgesehen hat. Nach dem letzten Tarife ist nun zwar eine Erhöhung nur 1 Rthl. pro Ctr. eingetreten, die aber bei weitem nicht genügend ist. Zudem ist seitdem der Schlichtlohn in England wieder um 10 pCt. ermäßigt, und die Erfahrung zeigt, daß seitdem nur noch mehr Garne in dieser Form eingeführt werden, während neue zu diesem Zwecke eingerichtete Anlagen dießfalls nicht konkurriren konnten. Es wird daher vorgeschlagen, den Zoll für Zettel oder Ketten auf 8 Rthl. pro Ctr. zu erhöhen.

7) Die Papier-Fabrikation anbelangend, so haben die besonderen Unterstützungen, welche das französische Gouvernement der französischen Papier-Fabrikation durch Erhöhung des Eingangszolls auf 25 Thlr. pro Ctr., ferner durch das gänzliche Verbot der Lumpen-Ausfuhr, und endlich durch eine Ausfuhrprämie von mindestens 10 pCt. hat angebahnen lassen, diesem Industriezweige in Frankreich einen Aufschwung gegeben, der die inländische Papier-Fabrikation nicht nur auf das gefährlichste bedroht, sondern auch bereits den Stillstand mehrerer großen Fabriken herbeigeführt hat. Begünstigt außerdem durch verschiedene Umstände, welche eine billigere Herstellung gestatten, gelingt es dem franz. Papier-Fabrikanten leicht, bei dem geringen Eingangszoll von 5 Rthl. pro Ctr., das inländische Papier, besonders die feineren Sorten aus dem Consum zu verdrängen. Es liegt also vor Augen, daß die inländische Fabrikation eines angemessenen Schutzes entbehrt. Um ihr wieder aufzuhelfen und die Fabrikanten zur Einführung der zur Veredelung des Fabrikats nothwendigen neuen Maschinen zu ermuthigen, wird vorgeschlagen, den Eingangszoll a. für ungeleimtes, ordinäres Packpapier etc. von 1 Rthl. auf 2 Rthl., b. für alle andere Papier-Gattungen von 5 Rthlrn. auf 8 Rthl. zu erhöhen.

Ueber die Produktion des Roheisens, über Runkelrüben-Zucker-Fabrikation, über den Ackerbau und die Schifffahrt in Beziehung auf den Verkehr mit dem Auslande sind besondere Referate erstattet. Nur dürfte nicht bloß im Interesse der Rübenzucker-Fabrikation, sondern auch im allgemeinen Interesse zu empfehlen sein, den Kolonialzucker mit besonderen Begünstigungen aus solchen transatlantischen Kolonien zuzulassen, die geeignet sind, in ein vollkommenes Reciprocitäts-System einzugehen. Ein Differential-Zoll auf Trazzucker dürfte die niederländische Regierung geneigt machen, zur Erleichterung der Ausfuhr deutscher Erzeugnisse nach den niederländischen Kolonien die Hand zu bieten.

Nach allen vorstehenden Erörterungen scheinen die auf eine selbstständigere Vertretung der Industrie bei den obersten Verwaltungsbehörden gerichteten Anträge kaum wohl eine nähere Bevorwortung zu bedürfen. Die Industrie scheint in ihrer gegenwärtigen Lage und bei ihrem Einfluß auf alle Einnahme-Quellen des Staats auf die Protektion eines besondern Ministerii Anspruch zu haben. Es kann dem Handelsstande nicht gleichgültig sein, die Abtheilung für Handel und Industrie, wie bisher, von einem Ministerio zum andern wandern, und eigentlich nur als eine untergeordnete Nebenabtheilung behandelt zu sehen. Da die Interessen des Handels und der Industrie nothwendig häufig mit denen des Fiskus kollidiren, so finden sich die ersteren bei der demaligen Verbindung mit dem Finanzministerium nicht hinlänglich geschützt, und besonders dadurch benachtheiligt, daß in den Fällen, wo es sich darum handelt, die abweichenden Interessen im allgemeinen Staatsinteresse zu vereinigen, der Finanzminister jetzt allein entscheidet, während bei getrennten Ministerien der Handelsminister selbstständig sowohl bei dem Staatsministerium als bei dem königlichen Kabinet die Interessen seiner Verwaltung vertreten würde. Da aber Handel, Industrie und Ackerbau in genauester Wechselwirkung stehen, so erscheint es angemessen, diese wichtigsten Hebel der Nationalwohlthätigkeit unter einem Ministerio zu vereinigen. Aus ähnlichen Rücksichten erscheint es wünschenswerth, dem Handelsminister ein Collegium von unabhängigen sachverständigen Ständesvertretern zur Verfügung zu stellen, um dasselbe über allgemeine und spezielle Handelsangelegenheiten, namentlich in Beziehung auf Handelsverträge und Tarifveränderungen in seinen Gutachten zu hören. Da die Lokalhändlerkammern zunächst berufen sind, die speziellen Interessen ihres Bezirks zu vertreten, und die ständischen Versammlungen in der Regel nicht sehr geneigt sind, über kommerzielle Angelegenheiten zu verhandeln, so scheint sich ein Bedürfniß für ein solches Central-Collegium herauszustellen. Dasselbe würde unter dem Vorstz des Handelsministers periodisch in Berlin zusammentreten und aus etwa 24 Mitgliedern bestehen, wozu jeder Provinziallandtag einen Handels-, einen Fabrik- und einen Ackerbautreibenden erwählen würde. Es wird demnach schließlich vorgeschlagen, an des Königs Majestät die fernere Bitte zu stellen: a) auf Wiedererrichtung eines selbstständigen Ministerii für Handel, Industrie, Ackerbau, b) auf Anordnung einer periodisch zu berufenden konsultativen Centralhandelskammer.

Nachdem hierauf mehrere sehr umfassende Vorträge (die wir des beschränkten Raumes wegen leider nicht mittheilen können) gehalten worden, wurde auf den Antrag des Referenten folgende amendirte Frage: „Be-

schließt die Versammlung, Se. Majestät zu bitten, der Industrie, so weit es erforderlich, einen genügenden Schutz zu gewähren und eine Immediat-Kommission anzuordnen, um wegen der in dieser Beziehung zu treffenden Maßregeln nach Anhörung einer aus Handel-, Fabrik und Ackerbau treibenden nach den Vorschlägen der Ober-Präsidenten aus allen Provinzen zu berufenden Central-Kommission mit angemessener Berücksichtigung der Anträge der Industriellen so wie nach einer sorgfältigen Revision des bestehenden Zolltarifs, aus dem alleinigen Gesichtspunkte der Beförderung der Nationalwohlthat ein Immediat-Gutachten zu erstatten? — Der Referent: Majorität von 70 Stimmen bejaht. — Der Referent: Mit Zustimmung der Mitglieder des Ausschusses und der Antragsteller nehme er nun von einer Diskussion der im Einzelnen beantragten Zollerhöhungen Abstand, und gebe anheim, diese Vorschläge der Immediat-Kommission zur Berücksichtigung zu empfehlen. Er gehe nun über zu den auf Errichtung eines besondern Handels-Ministerii gerichteten Anträgen, die der Ausschuss, so wie es im Referat angedeutet ist, von Neuem befürworten zu müssen geglaubt habe. Das Handels-Ministerium sei in unserm Staate keine neue Erscheinung, es habe schon früher bestanden, nachher aber sei es als Nebenabtheilung von einem Ministerium zum andern übergegangen. Wenn der Abg. der Städte keine Trennung, sondern eher eine Verschmelzung der obersten Staats-Verwaltung in dem Amte eines Staatskanzlers wünsche, so könne er, Referent, diesem letzteren Wunsche auch nur beistimmen. Da aber jeder andere Hauptzweig der Staatsverwaltung durch ein besonderes Ministerium vertreten sei, so halte er im Interesse der Industrie auch ein besonderes Handels-Ministerium für nothwendig. Bei der namentlichen Abstimmung wird die Frage: „ob Se. Maj. um Errichtung eines besondern Ministeriums für Handel, Industrie und Ackerbau gebeten werden sollte?“ von 58 Stimmen bejaht, von 15 verneint. — Der Referent: Der letzte Antrag des Ausschusses betreffe die Bildung einer Central-Handelskammer. Die heutige Versammlung habe einen neuen Beweis gegeben, wie sehr die Bildung eines andern unabhängigen Collegii zur Berathung spezieller Handels-Angelegenheiten und überhaupt zur Vertretung kommerzieller Interessen noth thue. Die Lokal-Handelskammern seien eines Theils berufen, hauptsächlich die Interessen ihres Bezirks zu vertreten, andern Theils seien sie nicht immer in der Lage, von ihrem Standpunkte aus alle allgemeinen Rücksichten, die maßgebend seien, zu kennen oder beurtheilen zu können. Wohl aber dürfe bei dem vorgeschriebenen Kollegium unter dem Vorsteher des Departements-Chefs im allgemeinen Interesse eine gegenseitige Aufklärung erwartet werden. Ebenso pflege in andern großen Handelsstaaten die Staatsbehörde ein Kollegium von Sachverständigen zu konsultiren. Und damit nicht eine Gefährdung der Interessen des Ackerbaues und des Handels im Allgemeinen befürchtet werde, so sei die Bildung aus den drei verschiedenen Klassen vorgeschlagen. — Ein Abg. der Städte: Nachdem die Versammlung sich für Errichtung eines besondern Handelsministeriums ausgesprochen, schiene ihm der fernere Antrag einer Immediat-Kommission weder vortheilhaft noch schädlich; dergleichen Kommissionen werden in andern Staaten nur dann berufen, wenn sich ein spezielles Bedürfnis dazu ergebe. Das Handels-Ministerium selbst werde zu beurtheilen wissen, wenn ein solcher Fall vorhanden sei; jedoch dürfe demselben nicht von vorn herein ein Mißtrauen bewiesen werden. — Diese Bemerkung findet vielfache Unterstützung, und macht ein Abg. der Städte darauf aufmerksam, daß erfahrungsmäßig in Frankreich in solchen Kommissionen das Privatinteresse immer vorgeherrscht habe. — Der Referent: Wenn auch in andern Ländern blos in speziellen Fällen das Gutachten von Kommissionen eingezogen werde, so habe der Ausschuss das Bestehen eines solchen Kollegiums doch für wünschenswerth erachtet, damit bei der Berathung spezieller Fälle nicht blos solche Sachverständige zugezogen würden, welche nicht von den Verhältnissen der ganzen Monarchie Kenntnis besitzen, was früher wohl mitunter der Fall gewesen sei. — Der Protokollführer: Die beantragte erste Kommission sei eine blos transitorische, deren Funktionen aufhören werden, sobald die Zollverhältnisse u. s. w. regulirt seien. Der Handelsminister selbst müsse wünschen, daß ihm ein derartiges beratendes Kollegium zur Seite stehe. Durch die Zusammensetzung desselben sei einer jeden Provinz eine Garantie für die Wahrnehmung ihrer Interessen gegeben. — Der Referent: Da allerdings durch die heute beantragte Central-Commission der Zweck als für jetzt erreicht zu betrachten sei, überdies zu erwarten stehe, daß bei Errichtung eines besondern Handelsministeriums auch zur Anhörung des Handelsstandes die geeigneten Maßregeln getroffen werden würden, und endlich im andern Falle dem nächsten Landtag unbenommen bleibe, den Gegenstand wieder aufzunehmen, so ziehe er, im Einverständnis mit den Mitgliedern des Ausschusses und den Antragstellern, den vorliegenden Antrag zurück. — Auf die Bemerkung des Re-

ferenten, daß die Staatsregierung fortwährend alles Mögliche aufgeboten habe, um die übrigen deutschen Bundesstaaten zum Beitritt zu dem Zollverein zu vermögen, und, wie die Handelskammer von Eberfeld und Bammen selbst angeführt habe, die Abschließung von Handelsverträgen sich eifrigst angelegen sein lasse, wird von einer weiteren Diskussion über das von einem Abg. der Städte in seinem ersten Vortrage gestellte Amendement Abstand genommen. — Demnächst wird die wegen des Schutzes der Runkelrüben-Zuckerfabrikation entworfene Adresse, so wie die Adresse wegen des Nothstandes der Winzer von dem Abgeordneten der Städte und respektive eines Abgeordneten der Ritterchaft verlesen und genehmigt; letztere mit dem Bemerkten, daß es für zweckmäßiger erachtet worden sei, mit Umgehung des früheren Beschlusses dieselbe von der Adresse über das Weinsteuergesetz zu trennen.

Düsseldorf, 20. Juli. Nachdem in der heutigen Plenarsitzung sämmtliche noch zu beratende Gegenstände erledigt worden waren, bemerkte der Hr. Landtagsmarschall, daß nun der Augenblick gekommen sei, in welchem er von der Versammlung Abschied zu nehmen habe, und wo ein jedes Mitglied darauf angewiesen sei, die erfreulichen Erinnerungen an diesen Landtag mit sich zurückzunehmen; er spreche der Versammlung seinen Dank aus für das Vertrauen und die Unterstützung, welche sie ihm während dieses Landtages habe zu Theil werden lassen. Hierauf erwiderte ein Abgeordneter aus dem Stande der Städte: Durchlauchtigster Hr. Marschall! Unsere Arbeiten sind beendet, überall nach bestem Wissen und Willen. Gott wolle unsern Bestrebungen Segen verleihen! — Die Stände sind von dem Gefühl durchdrungen, daß sie bei diesen Arbeiten durch die milde und sachverständige Leitung Eurer Fürstl. Durchl. wesentlich erleichtert worden sind; Ihnen dafür durch meinen Mund den tiefgefühlten Dank auszusprechen, ist die ehrenvolle Aufforderung, die mir von mehreren Seiten geworden ist. — Gott wolle Ihre Tage, verehrtester Hr. Marschall, gnadenvoll beschützen und des Königs Weisheit Sie oft an unsere Spitze zurückführen! — Nachdem der Hr. Landtagsmarschall geäußert, daß er diese Anerkennung um so dankbarer hinnehme, je weniger er sich selber genug gethan habe, — äußert ein anderer Abg. aus dem Stande der Städte: Er sei überzeugt, ebenfalls einem allgemeinen Wunsche der Versammlung zu entsprechen, indem er in deren Namen den Dank für den Eifer, die Ausdauer und die Thätigkeit ausdrücke, womit der Protokollführer sich den von ihm übernommenen schwierigen und mühsamen Geschäften unterzogen habe, und indem er noch besonders die große Zuverlässigkeit anerkenne, womit derselbe den zahlreichen an ihn gestellten Anforderungen seiner Kollegen zu entsprechen nicht müde geworden sei. Der Protokollführer spricht seinen Dank aus für diesen Beweis des Wohlwollens, dessen Ausdruck ihn nur beschämen könne, da er sich bewußt sei, in der Nachsicht und Güte der Versammlung, welche ihm bei Ausübung seiner Funktionen im reichsten Maße zu Theil geworden sei, die kräftigste Unterstützung gefunden zu haben. — Eingeführt von einer Deputation aus der Mitte der Versammlung erscheint hierauf der Königl. Landtags-Kommissar, Herr Oberpräsident v. Schaper, und bemerkt: Obwohl durch die Gnade Sr. Majestät des Königs die Dauer des siebenenten Rheinischen Landtages bis zum 23. d. M. prorogirt worden, um demselben Zeit zu gewähren, die ihm vorliegenden Arbeiten alle mit Gründlichkeit und ohne Uebereilung zu erledigen, so sei es doch der Thätigkeit und den unausgesetzten Anstrengungen der Versammlung gelungen, dieses Ziel bereits heute zu erreichen, und nicht nur alle Königl. Propositionen, sondern auch alle andern, dem Landtage zugegangenen Gegenstände vollständig zu erledigen. Im Namen Sr. Majestät des Königs und kraft der ihm erteilten Vollmacht erkläre er demnach den siebenenten Rheinischen Provinziallandtag hierdurch für geschlossen, und benutze die Gelegenheit, denjenigen Mitgliedern, welche er vor ihrer Abreise zu sehen nicht mehr die Ehre haben möchte, ein herzlichliches Lebewohl zu sagen, der ganzen Versammlung aber für das Vertrauen, welches sie ihm während des jetzt geschlossenen Landtags bewiesen, zu danken, und sie zu bitten, ihm dieses Vertrauen, auf welches er so großen Werth lege, auch für die Zukunft in gleichem Maße erhalten zu wollen. Dann würde er um so freudiger dem Rufe Sr. Majestät des Königs, der die Versammlung in zwei Jahren hier wieder vereinen werde, folgen. — Unter dem dreimaligen Rufe: Es lebe Se. Majestät der König! ging die Versammlung auseinander. (Düsseld. Ztg.)

J u l a n d.

Berlin, 23. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Kammergerichts-Rath v. Obstfelder zum Geheimen Finanz-Rath und vortragenden Rath im Ministerium des Königl. Hauses, zweite Abtheilung zu ernennen; so wie dem Kaufmann und Dänischen Consul Hemptenmacher zu Rügenwalde, dem Kaufmann Arnold zu Stolpe, dem Kaufmann Grünau zu Stolpe und dem Kaufmann Schlutius zu Köslin den Charakter als Commerzien-Rath zu erteilen.

Dem Gutsbesitzer Vogel zu Derden bei Tempelburg ist unter dem 22. Juli 1843 ein Patent auf die Darstellung eines Stchorien-Surrogats, so weit solche als neu und eigenthümlich erkannt worden ist, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang der Monarchie erteilt worden.

Angekommen: Se. Exc. der General-Lieutenant und Direktor des Militär-Ökonomie-Departements, von Cosel, aus der Rheinprovinz. — Abgereist: Der Fürst Vladimir Galizin, nach St. Petersburg. — Se. Exc. der General-Lieutenant und Direktor der Allgemeinen Kriegsschule, Rühle von Lilienfern, nach dem Bade Gastein.

Se. Majestät der König haben bei dem Tode Sr. Königl. Hoheit des Prinzen August von Preußen folgende Allerhöchste Kabinetts-Ordre an den Kriegs-Minister, General der Infanterie, von Bopen, zu erlassen geruht: „Durch den unerwarteten Tod Sr. Königl. Hoheit des Prinzen August von Preußen habe Ich ein Mitglied Meines Hauses und die Armee einen ihrer ruhmwürdigsten Führer verloren. Ausgezeichnet durch wahren Heldennuth, durch denkwürdige Kriegsthaten, besonders durch sein hohes Beispiel in der Schlacht von Kulm und durch die Eroberung von neun Festungen, hat der verehrte Prinz sich noch das große Verdienst erworben, die Artillerie neu gebildet und zu ihrem gegenwärtigen musterhaften Zustande erhoben zu haben. Fortdauernd muß der kriegerische Geist und die Pflicht-Treue, womit der Prinz bis zum letzten Augenblicke seines Lebens seinen wichtigen Beruf erfüllte, in dem Heere fortleben und als ein rühmliches Beispiel in seinen Denkbüchern verzeichnet bleiben. — Um das Andenken des Verstorbenen zu ehren, befehle Ich, daß sämmtliche Offiziere der Armee vierzehn Tage hindurch den Tod des Prinzen August Königl. Hoheit mit einem Flor um den Arm betrauern sollen. Ich beauftrage Sie mit der Bekanntmachung dieses Befehls. Sanssouci, den 21. Juli 1843. (gez.) Friedrich Wilhelm. An den Kriegs-Minister, General der Infanterie, von Bopen.“

Berlin, 23. Juli. Die jüngsten Ereignisse am Rhein hinsichtlich der preussischen Israeliten haben auch die hiesige Judengemeinde aus ihrer bisherigen Gleichgültigkeit gegen Alles, was Juden und Judenthum betrifft, aufgerüttelt. Auf die erste Nachricht von den Beschlüssen des Landtages über Zulassung der Juden zu Gemeinde-Ämtern, ward von den Mitgliedern der Gesellschaft der Freunde eine Dankadresse an den rheinischen Landtag angeregt, und auch von der Majorität des Gemeinde-Vorstandes, dem die Ausführung überlassen wurde, gebilligt: der Geheimen Commerzien-Rath Meyer stellt sich an die Spitze der Unterzeichner; ihm folgten der Buchhändler Dr. Weit und zwei andere Gemeinde-Vorsteher. Da jedoch der zuerst Unterzeichnete später von der Adresse üble Folgen befürchtete, so radirte er seinen Namen aus derselben, und machte dadurch ihre Absendung unmöglich, da es an Zeit gebrach, eine neue Adresse anzufertigen und die Unterschriften von Neuem zu sammeln. Ein deshalb in sehr tabelnden Ausdrücken abgefaßtes Schreiben der Unterzeichner an Herrn Meyer haben diesen seitdem veranlaßt, sein Vorsteher-Amte niederzulegen. Nachdem nun die Kunde von dem Schlußantrage des rheinischen Landtages auf volle Emanzipation der Juden hier bekannt wurde, ward eine neue Dankadresse aus der Mitte der Gemeind ein Umlauf gesetzt, und erhielt in wenigen Tagen mehre hundert Unterschriften; ohne Zweifel ist sie bereits an den Ort ihrer Bestimmung abgeschickt worden. — Was öffentliche Blätter von der entschiedenen Ablehnung des hiesigen Ober-Rabbinats Seitens des Dr. Frankl aus Dresden berichten, dürfte noch sehr zu bezweifeln sein. Gewiß ist, daß der hiesige Vorstand das Gesuch wegen Naturalisation des Kandidaten nicht zurückgenommen hat, und daß Herr Frankl, auch wenn die in seinem bekannten Schreiben gestellten Bedingungen noch nicht in Erfüllung gegangen sind, den erneuerten Bitten des Vorstandes nicht widerstanden wäre. Jedoch ist ein Theil der Vorsteher der Meinung, daß nach dem gedachten entschiedenen Schreiben des Dr. Frankl sein Eintritt in ein preussisches Rabinat unter den gegenwärtig noch unveränderten Gemeinde-Verhältnissen eine moralische Unmöglichkeit sei, und ist fest entschlossen, gegen diesen Eintritt zu protestiren, was übrigens ein großer Theil der Gemeinde-Mitglieder, den alten Rabinats-Vorweser Dettinger an der Spitze, jetzt schon thut. — Herr Dettinger hat dem Dr. Frankl bei seiner jüngsten Anwesenheit in Berlin nicht einmal den Besuch erwiedert. So gehen auch hier bei der ersten Lebensrichtung die Ansichten und Bestrebungen in der Gemeinde vielfach auseinander, und wenn nicht jetzt schon offenes Zerwürfniß die Gemeinde in zwei Lager theilt, so liegt der Grund vorzüglich darin, daß dem Vorstande die executivische Gewalt der Einziehung der Gemeinde-Beiträge gegeben ist, wodurch eine völlige Loslösung vom Gemeinde-Verbande unmöglich gemacht wird. Aber selbst dieser Damm wird nicht hinlänglichen Widerstand leisten, sobald der jetzt noch verhaltene Strom des religiösen Fanatismus und der hinter ihn sich versteckenden Selbstsucht durch die geringste Berührung aus ihrem Bette getrieben werden. Dann wird die Breslauer Gemeinde in Preußen nicht der einzige Beleg sein für die

Beilage zu No 172 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 26. Juli 1843.

(Fortsetzung.)

sagte Herr Guizot, „würde es gegen meine Pflicht sein, auf irgend eine dies Land betreffende Frage zu antworten und mich auf Erklärungen über diese Angelegenheit einzulassen. (Sehr gut!) Es würde dies den Interessen Frankreichs und seinen Beziehungen nachtheilig sein. Indes über zwei Punkte will ich doch ein paar Worte sagen. Es ist wahr, wir haben diesen Augenblick keinen Botschafter in Spanien, aber ich trage kein Bedenken, zu versichern, daß die Angelegenheiten des Königs und des Landes in Spanien darunter nicht leiden. Man hat ferner von flüchtigen spanischen Generalen gesprochen, welche sich aus Frankreich nach Spanien begeben, man hat von ausgestellten Pässen, von Waffenlieferungen gesprochen. Meine Herren, es ist kein Paß ausgestellt worden, die Flüchtlinge waren in Frankreich frei, und sie haben dies Land mit Mitteln verlassen, die ganz allein ihnen angehörten, ohne alle Konnexion und ohne alle Mitwirkung der französischen Regierung. Waffen sind nicht nur nicht geliefert worden, sondern ganz kürzlich erst wurde einem Handlungs Hause zu Perpignan, als es um Erlaubniß nachsuchte, 20,000 Flinten nach Spanien ausführen zu dürfen, diese Erlaubniß verweigert. Weiter kann ich über Spanien nichts sagen, da es die Absicht der Regierung ist, die strengste und unbedingteste Neutralität zu behaupten. Was Irland betrifft, so gestehe ich mir nicht das Recht zu, darüber zu sprechen. Alles, was ich sagen kann, ist, daß die englische Regierung seit 12 bis 15 Jahren sehr viel für Irland gethan hat. Die Häupter des jetzigen Kabinetts haben Irland die Emancipation gegeben, und ich hege das Vertrauen, — ich sage dies als bloßer Zuschauer, — daß jene Regierung zu vereinigen wissen wird, was sie der Würde und Sicherheit Englands und was sie der Gerechtigkeit und Nachsicht schuldig ist.“ — Herr Guizot wandte sich dann zur Beantwortung einer Frage des Marquis von Boissy über die Angelegenheit des Schiffes „Marabout.“ „Die englische Regierung,“ sagte der Minister, „hat gegen den Urtheilspruch des Tribunals von Cayenne Appellation eingelegt, die Sache ist also noch nicht beendet, und die französische Regierung hat daher in diesem Augenblick keinen Anlaß zum Einschreiten. Man hat von Instruktionen gesprochen, die den englischen Kreuzern in Bezug auf die Ausübung des Visitations-Rechts erteilt worden. Die erlassenen Instruktionen sind aber von beiden Seiten dieselben, bis diese wichtige Frage einer neuen Prüfung wird unterworfen worden sein, und ich nehme die Worte nicht zurück, welche ich in dieser Beziehung vor der einen und vor der anderen Kammer gesprochen; einstweilen jedoch werden die Verträge loyal und treulich vollzogen, wie es sich gehört. Sie werden von beiden Seiten mit vieler Mäßigung ausgeführt.“ — Endlich sprach der Minister noch über Haiti und die La Plata-Staaten. „Was Haiti anbetrifft,“ sagte er, „so sieht die Kammer wohl ein, daß die letzten Ereignisse daselbst noch zu neu, und daß wir noch zu ungenau davon unterrichtet sind, als daß wir uns darüber auf ausführliche Erörterungen einzulassen könnten. In Betreff der La Plata-Staaten ist die Absicht der Regierung, nicht wieder in das Geleitz zurückzufallen, aus welchem wir mit so viel Mühe herausgekommen sind; aber sie wird deshalb nicht weniger beharrlich die Unterhandlungen wegen der Bezahlung der unferen in Montivideo und Buenos-Ayres ansässigen Landeleuten gebührenden Entschädigungen fortsetzen.“

Gestern Abend um 7 Uhr hatte auf der Orleans-Eisenbahn bei Stampes ein erster Unfall statt. Einem Convoi fing der Dampf auszugehen an; der Zug konnte sich nur noch mit sehr verringerter Schnelle fortbewegen. Eine Hülfslocomotive, welche herbeigekam, stieß in Folge einer noch nicht ermittelten Unachtsamkeit auf den Convoi, und zwar mit solcher Heftigkeit, daß die zwei hintersten Wagen zertrümmert wurden. Eine Frau und ein Kind blieben auf der Stelle todt; zwanzig Passagiere wurden mehr oder weniger schwer verwundet, und von ihnen waren bis diesen Morgen drei verschieden.

Es ist die Rede davon, daß De Ferreich den Prinzen Ferdinand, Sohn des regierenden Herzogs von Lucca, als Candidaten für die Hand der Königin Isabella von Spanien in Vorschlag gebracht habe.

Es ist das Gerücht verbreitet, die Engländer hätten sich Ceuta's, welches an der äußersten Spitze

Afrika's, Gibraltar gegenüber, liegt, bemächtigt, unter dem Vorwand, diese Besitzung für die legitime Autorität Spaniens zu bewahren.

Spanien.

(Telegraphische Depesche.) Serrano war am 15ten zu Mequinenza, sich nach Daroca wendend. — Am 13ten bei Tagesanbruch war Aspizoz noch immer zu Parado und die Lage der Dinge in Madrid noch die nämliche.

Der Marsch des Generals Narvaez von Valencia auf Daroca und Calatayud im Norden und von dieser Stadt nach Madrid im Centrum ist eine der schnellsten und außerordentlichsten Bewegungen. Narvaez hatte Valencia am 1. Juli mit etwas weniger als 4000 Mann Infanterie und 300 Mann Kavalerie verlassen, schlug zu Teruel den General Enna, den fast sein ganzes Armeecorps verließ, um zu den Insurgenten überzugehen, setzte dann seinen Marsch bis in die Nähe von Saragossa fort, zog von allen Seiten Truppen an sich, welche von den Armeecorps der Generale Seoane und Zubano abfielen, und war schon am 15ten mit nahe an 10,000 Mann zu Madrid erwartet. Seine letzte Bewegung von Calatayud war so gut kombiniert und wurde so geheim ausgeführt, daß die Privatkorrespondenzen auf dieser ganzen Linie noch auch nicht die geringste Erwähnung von ihr thun, während man durch den Telegraphen vernimmt, daß sie bereits vollendet ist. Der Regent entfernt sich eben so rasch von der Hauptstadt, wie sich Narvaez ihr nähert. Nachdem er den langen und schwierigen Marsch von Albacete nach Val de Penas gemacht, ging er ein zweites Mal über die Sierra Morena und wandte sich auf Baylen, ohne Zweifel in der Absicht, eine Zuflucht in Cadix zu suchen. Die Niederlage Van Halen's vor Sevilla, sein Rückzug auf Cadix macht die Lage Espartero's sehr schwierig, denn in Andalusien macht die Insurrektion fortwährend Fortschritte. Schon am 4. Juli meldete der politische Chef von Jaen, daß eine Insurgentenkolonne, die von Granada abgegangen war, sich unter dem Kommando des Obristen Fernandez Andujar's bemächtigt hatte; die Kolonne bestand aus Abtheilungen der Regimenter „Asturias“, „Cuenca“ und „el Rey“. Der Regent befindet sich also jetzt mit einem Corps von nur noch etwa 3000 Mann über 75 Meilen von Madrid entfernt, getrennt von dem General Van Halen, und in Gefahr, auf seinem Marsche auf die Kolonne des Obristen Fernandez und auf die von dem General Concha angeführte Insurgenten-Armee zu stoßen, welche den neuesten Berichten zufolge von Granada auf Sevilla marschirt.

Barcelona, 11. Juli. Der Gouverneur des Forts Montjouy entdeckte gestern, kurz vor dem Ausbruche, ein Complot eines Theils der Garnison, welcher das Fort verlassen wollte. Der Brigadier Echalecu ließ alsbald die Truppen zusammenkommen und erklärte ihnen, er sei kein Parteilanger; es sei seine Absicht, das Fort für die Königin Isabella aufzubewahren; bis eine regelmäßige Regierung eingesetzt wäre, werde er eben so wenig den Janten, als den Unterbefehlshabern des Herzogs de la Vittoria gehorchen; wenn er deren letzte Befehle vollzogen hätte, würde Barcelona nicht mehr existiren; wenn man fortfähre, ihm zu gehorchen, werde die militärische Ehre gewahrt bleiben. Die Offiziere, welche Echalecu an Zubano und später auch an Seoane abgeschickt hatte, um ihm bei ihrer Rückkehr über die wahre Lage des Landes Bericht zu erstatten, haben sich auf dem Fort nicht wieder eingefunden. — Die Deputirten der verschiedenen Provinzen Cataloniens, welche die Centraljunta des Fürstenthums bilden sollen, befinden sich bereits in Barcelona; von einem Augenblick zum andern erwartet man die Installation der Junta.

Belgien.

Antwerpen, 17. Juli. Eine ganze Flotte von 32 Schiffen ist aus dem baltischen Meere zwischen den beiden Fluthen hier eingelaufen; man muß diese Flotte nicht als aus kleinen Schiffen gebildet betrachten, denn man kann schätzen, daß jedes im Durchschnitt einen Gehalt von 200 Tonnen hat.

Schweiz.

Zürich, 18. Juli. Die aargauisch-badische Sperr-Angelegenheit ist nun beseitigt. Mit dem 1. August

werden gegenseitig die alten Verhältnisse wieder ins Leben treten.

Osmanisches Reich.

* Jassy, 17. Juli. Bisher hat man die hiesige Consularjustiz für schlechter gehalten, als die der Moldauischen Gerichte, doch scheint sich dies jetzt bedeutend gebessert zu haben. Ein Canzler, welcher die meisten Prozesse bei dem einen der fremden Consulate zu bearbeiten hatte, da unter demselben über 10,000 Einwohner des Fürstenthums stehen, hat sich unter dem Vorwande eines langen Urlaubs entfernt, wovon er nicht wieder kommt; man hofft auf kräftige Verfolgung der reichen Schuldner, denn die hiesigen Abnehmer der deutschen Fabrikanten erklärten sich gewöhnlich für insolvent, das hatte die Folge, daß sie ungestraft ihren Handel fortsetzen konnten. Der regierende Fürst der Moldau geht damit um, eine Diligence von Chernowik bis nach Galacz einzurichten. Wenn dies zur Ausführung kommt, wird der deutsche Handel außerordentlich gewinnen. Ueberhaupt sucht der Fürst, der voriges Jahr in Berlin war, viel von den preussischen Einrichtungen nachzuahmen.

Lokales und Provinziales.

* Breslau, 25. Juli. Heute Abend 9 Uhr brachten die Studirenden der kath. theologischen Fakultät ihrem geliebten und verehrten Lehrer, dem Professor Dr. Joseph Ignaz Ritter als Zeichen ihrer Hochachtung und Dankbarkeit einen glänzenden Fackelzug.

Mannigfaltiges.

* — Dem Buchbindermeister Kühle in Berlin wurde jüngst vom Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen eine Geldprämie von 100 Thalern für die Mittheilung zweier Rezepte zu Buchbinderkleister bewilligt. Die Veröffentlichung dieser Rezepte soll demnächst von Seiten des Vereins geschehen.

— Merkwürdig ist, was griechische Blätter von einer christlichen Bewegung melden, die in der benachbarten Türkei vor sich geht. In Bitoglia ist ein Dervisch aufgetreten, der mit lauter Stimme verkündigt, daß Christus der wahre Gott sei, welcher kommen werde zu richten die Lebendigen und die Todten. Schon im vorigen Jahr war ein ähnlicher Prediger hingerichtet worden. Es soll jetzt eine große Zahl Dervische, meist von der Sekte Ali's, in der Türkei geben, welche sich Kalenderiden und Anhänger Christi nennen, bei den Muselmännern in Ansehen stehen und an manchen Orten selbst für Heilige gelten.

— Ein Unglück hat sich schon wieder an der Pesth-Ofener Schiffbrücke ereignet, ein Unglück, welches die rasche Vollendung einer andern Brücke um so sehnlicher herbeiwünscht läßt. Sonnabends am 8. Juli kamen ungefähr 34 Personen aus St. Endre und Bogdan auf einem kleinen Schiffe, Morgens vier Uhr in Pesth an, welches aber ober der Brücke, wegen des mit dem Remorqueur „Grös“ angekommenen Schweinschiffes nicht landen konnte. Die Strömung trieb das kleine Fahrzeug der Brücke zu, und zerschellte es an ein Brückenschiff derart, daß dasselbe in Stücke brach; von den ungefähr 34 Menschen ist der Tod von 18 Individuen zu beklagen. Ein schauerliches Opfer des wilden Stroms! Die Verunglückten waren arme Bauern, welche Obst auf den Markt brachten. (Pannonia.)

Preuß. Renten-Versicherungs-Anstalt.

Der Königl. Kreis-Justizrath außer Diensten, Herr Fährdrich zu Striegau, hat eine Agentur der Preuß. Renten-Versicherungs-Anstalt gefälligst übernommen, und wird von jetzt ab, sowohl neue Einzahlungen zur Jahressgesellschaft 1843 als auch Nachtragszahlungen annehmen.

Der Rechenschafts-Bericht pro 1843 ist von den Interessenten bei sämtlichen Agenturen der Anstalt in Empfang zu nehmen.

Breslau, den 25. Juli 1843.

C. S. Weiss, Haupt-Agent,
Fischmarkt Nr. 2.

Redaktion: E. v. Baer und H. Barth.

Verlag und Druck von Graf, Barth u. Comp.

Mit heutigem Tage haben wir

Kupferschmiedestraße Nr. 13, Schuhbrücke-Ecke, in Verbindung mit unserem bereits bestehenden Waaren-, Commissions- u. Speditions-Geschäft

Spezerei-Waaren- und Tabak-Handlung

etabliert. — Wir erlauben uns dieses Etablissement unter Zusicherung billiger und reeller Bedienung zu empfehlen. Breslau, den 24. Juli 1843.

Menzel und Comp.

Von feinsten franz. und italien. Speise-Deelen

empfang von jüngster Ernte in wirklich frischer, ausgezeichnet reinfleischender und fetter Qualität mehrere Partien zu Wasser heran, weshalb ich bei Abnahme zum Wiederverkauf nun noch billigere Preise berechnen kann.

Carl Jos. Bourgarde, Dhlauer Str. 15.

